Das Schulden-Ding: Staaten versichern ihre Bürger

Posted on 22. April 2020 by Jo Wüllner

Ist die Schwarze Null bedroht? Und müssen wir deshalb in die nächste Panik verfallen?



(Grafik: Jo Wüllner)

Die Welt verschuldet sich wegen der Folgen von Corona. Droht eine verschärfte Schuldenkrise? Der Sozialismus? Wird die Wirtschaft zum Pflegefall des Staates, wie konservative Kommentatoren meinen?

Moderne westliche Staaten sind Sozialstaaten. Ihr Hauptzweck ist nicht mehr wie ehedem die Finanzierung von Kriegen, sondern die Sicherung des Gesamtsystems, vor allem auf den Ebenen des Sozial-, des Gesundheits-, des Wirtschafts-, des Finanzsystems. Daher die Dominanz dieser Ministerien und ihrer Haushaltsbudgets im Regierungsbetrieb.

Die Übernahme der aktuellen durch Corona verursachten Schäden / Kosten erscheint grundsätzlich berechtigt, wenn der Staat die Rolle des Gesamtversicherers übernehmen will. Denn Corona ist höhere Gewalt, also einer Naturkatastrophe wie Erdbeben oder Sturmfluten gleichzusetzen. Daher werden von den Hilfsgeldern auch Unternehmen ausgenommen, die vor Corona bereits schwächelten.

Zudem geht es primär um die Gesundheit der Bevölkerung. Der Schutz des Lebens der Bürger ist laut Artikel 2 des Grundgesetzes eine verfassungsmäßige Aufgabe.

Die durch Schutzmaßnahmen entstehenden Kosten und Schäden sind ein Folgeproblem der Erfüllung dieser

staatlichen Pflicht. Ob Staaten dafür haftbar gemacht werden können, darüber wird unter Juristen bereits gestritten. Die Gretchenfrage lautet: Konnte der Staat nicht anders? Oder hätte er auf den Ernstfall einer Pandemie vorbereitet sein können, so dass die Kollateralschäden der gegenwärtigen Maßnahmen hätten reduziert werden können? (Hier wird es mit Sicherheit noch klärende Prozesse bis hin zum Bundesverfassungsgericht geben. Man mag es angesichts der Hochleistungseingriffe der Politik für respektlos erachten; jenseits des aktuellen Notstands dürfen rechtsstaatliche Mittel aber nicht moralisch diskreditiert werden.

Gegenwärtig aber gilt: Staatliche Hilfe in Form von Krediten ist politisch, wirtschaftlich wie sozial geboten. Dahinter steckt auch das Kalkül, dass ohne direkte Hilfen die mittelfristigen Folgen fataler für die Volkswirtschaft, also auch spätere Steuereinnahmen wären.

Es ist gesamtwirtschaftlich günstiger, einen Niedergang abzubremsen, damit ein Neustart leichter und schneller vonstattengehen kann. Und Konkurse, die zu normalen Zeiten nicht passiert wären, vermieden werden. Das ist nicht Sozialismus, sondern purer Utilitarismus: Was höheren Nutzen verspricht, sollte getan werden. Wir sprechen übrigens von Krediten an Unternehmen, die zurückgezahlt werden müssen. Auch der heiß debattierte Kreditantrag von Adidas, dem zweitgrößten Sportartikelhersteller weltweit, müsste mit zwei Prozent Verzinsung zurückgezahlt werden, sollte Adidas – im noch nicht eingetretenen Notfall – darauf zugreifen.

Der Journalist Gabor Steingart liegt falsch, wenn er meint, die „Krise werde bekämpft, indem man die größere vorbereitet“. Es werden schließlich keine marktfern arbeitenden Unternehmen vor dem – marktwirtschaftlich gesehen – „gerechten“ Untergang bewahrt. Sondern stabile Unternehmen erhalten Überbrückungskredite, weil die Konsumnachfrage schlagartig eingebrochen ist.

Hinzu kommt die richtige Überlegung seitens der Regierung, dass allgemein der soziale Friede durch Pleiten und Arbeitslosigkeit in einer Weise leiden könnte, die Krisen des demokratischen Systems nach sich zieht. Wahlen könnten zu massenhaften Trotzreaktionen enttäuschter Bürger führen, die das Vertrauen in „den Staat“ verloren haben. Totalitär auftretende Parteien könnten davon profitieren. Der folgende wirtschaftliche und soziale Schaden könnte noch verheerender ausfallen.

Die schwarze Null

Sie ist keine deutsche Erfindung. Sie ist im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verankert. Dort werden strukturell ausgeglichene Haushalte vorgeschrieben. Antizyklische Kompensation von Konjunkturschwächen (im Geiste Keynes) sind jedoch möglich.

Übertretungen der Regel sollen Ausnahmen sein. Europa gelingt es aber nicht, den Regelbruch zur Ausnahme zu machen. Deutschland gelingt es eher. Die Regeltreue wird Deutschland regelmäßig vorgeworfen. Das aktuelle Verlassen der Regeln ebenfalls. Eine absurde Situation, von der sich Politik nicht irre machen lassen sollte.

Das Einhalten der Regeln bescherte Deutschland Reserven, die jetzt eingesetzt werden können. Nun wird die Regierungspolitik plötzlich gelobt. Vorher sollte es (eher liberale Ideologie) Steuererleichterungen oder öffentliche Investitionen (eher halblinke Ideologie) geben. Beide Forderungen haben Argumente für sich; als Ideologie sind sie jedoch gleichermaßen systemisch beschränkt.

Schulden an sich und überhaupt

Schulden sind nichts per se Böses. Sie sind Spekulationen auf zukünftige Mehreinnahmen an Steuern oder Gewinnen. Ohne Schulden wäre wirtschaftliches Wachstum unmöglich. Im normalen Geschäftsbetrieb werden Schulden durch Kreditregeln gedeckelt. Irgendwann gibt es kein Geld mehr; Insolvenz ist die Folge.

Staaten agieren anders. Sie können Staatsanleihen ausgeben oder Geld drucken (und die Inflation anheizen) oder sogar pleitegehen (wie Mexiko mehrmals in seiner Geschichte).

Wie hoch Staatsschulden sein dürfen oder können, darüber wird seit Jahrhunderten – beginnend in der Ära des merkantilistisch-absolutistischen Frühkapitalismus – gestritten. Heute überleben große Volkswirtschaften wie Japan mit Schuldenquoten von fast 240 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Womit klar ist: Es gibt nicht die eine Formel. Sondern einen Mix aus staatlicher Bedeutung, wirtschaftlicher (teils auch militärischer) Stärke, politischer Zuverlässigkeit, weltwirtschaftlicher Gesamtlage, historischen Rahmenbedingungen, der darüber bestimmt, ob Investoren einem Land Geld leihen. Deshalb bekommt Deutschland sehr leicht sehr viel Geld, Griechenland aber immer noch nicht.

Wachstum durch Schulden

Jenseits von Corona schiebt die industrialisierte Wachstumswelt ein gigantisches Problem vor sich her: das schuldengetriebene Wachstum. Seit den „goldenen“ Wachstumsjahren (1945-1975), in denen Weltkriegseinbrüche aufgeholt wurden, flaut das Wachstum ab. (Wachstums-Nachzügler in Asien waren längere Zeit ausgenommen.) Und schlimmer: Es basiert zunehmend auf privaten und öffentlichen Schulden.

Ende 2019 war die Welt mit 250 Billionen US-Dollar bei „sich selbst“ verschuldet. Seit der Finanzkrise 2008 sind 78 Billionen Dollar hinzugekommen. Das ist ein Plus an Minus von gut 10 Billionen pro Jahr. Und das bei einem globalen Bruttoinlandsprodukt von knapp 90 Billionen US-Dollar. Aus der Finanzkrise von 2008 wurde

eine globale Staatsschuldenkrise. Und weil Staaten nicht so schnell pleitegehen können wie normale Unternehmen ohne „Systemrelevanz“, scheint die Welt ein wenig stabiler als vor 12 Jahren.

Die Welt ist also längst nicht so wohlhabend, wie sie es von sich selbst glaubt. Krisen wie der Kredit- und Immobiliencrash von 2007/2008 sind keine Katastrophe, sondern ein Abrutschen auf den Normalzustand eines beschränkten Wohlstands, der ohne Schuldenbluff auskommen muss. Da Geld weiter billig ist und keine Zinsen bringt, wird der Bluff weitergehen. Bis ihm die Luft ausgeht. Prognosen sind hier noch unsicherer als bei der Simulation von Pandemien.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren